

NACHRICHTEN

Sechs Tote bei Anschlag in Bagdad

BAGDAD: Bei einem Granatenanschlag in der irakischen Hauptstadt Bagdad sind am Dienstagabend sechs Menschen getötet und 38 weitere verletzt worden. Die staatliche irakische Nachrichtenagentur INA machte am Mittwoch «Agenten Irans» für den Anschlag verantwortlich. Diese hätten sechs Granaten auf ein Wohnviertel der Hauptstadt abgefeuert. Unter den Verletzten seien auch Kinder, Frauen und alte Menschen. Am Montag waren die USA in der einflussreichsten Zeitung des Irak, «Babel», beschuldigt worden, den Iran zu Übergriffen auf den Irak aufzuhetzen. Die Spannungen zwischen beiden Ländern, die von 1980 bis 1988 Krieg führten, sind in den vergangenen Wochen wieder gewachsen.

Attentat auf Präsident in Berg-Karabach

ERIWAN: Der Präsident der umstrittenen aserbaidjanischen Region Berg-Karabach, Arkadi Gukasjan, ist bei einem Attentat in der Nacht zum Mittwoch schwer verletzt worden. Unbekannte schossen im Zentrum der Hauptstadt Stepanakert auf die Limousine Gukasjans. Das Auto des 43-jährigen Gukasjan wurde kurz vor ein Uhr nachts in der Nähe des Präsidentenpalastes beschossen. Mehrere Kugeln trafen den Politiker ins Bein. Zwei seiner Leibwächter wurden ebenfalls schwer verletzt, wie der Sprecher Gukasjans mitteilte. Bereits kurz nach dem Attentat wurden 25 Verdächtige festgenommen. Die Regierung von Berg-Karabach machte «fanatische oppositionelle Elemente» für den Anschlag verantwortlich, welche die Reformen Gukasjans verhindern wollten.

Schlappe für Bush – Erfolg für Gore



CHICAGO: US-Vizepräsident Al Gore (Bild) und der texanische Gouverneur George W. Bush haben im US-Staat Illinois erwartungsgemäss die Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur ihrer jeweiligen Partei gewonnen. Allerdings schnitt Bushs innerparteilicher Konkurrent John McCain überraschend stark ab, obwohl er bereits aus dem Rennen geschieden ist. Nach Auszählung von 64 Prozent der Stimmen bezirkte der Senator aus Arizona am Dienstag 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Das republikanische Wahlkampflager räumte ein, Bush habe noch einige Überzeugungsarbeit zu leisten, um die Anhänger McCains für sich zu gewinnen. Bei den Demokraten siegte Gore mit 83 Prozent vor dem ebenfalls ausgeschiedenen ehemaligen Senator Bill Bradley mit 15 Prozent. Gore und Bush holten sich bereits am Dienstag vergangener Woche bei Vorwahlen in sechs Staaten die nötigen Stimmen für ihre Nominierung bei den Parteitagen im August.

Ukraine schafft die Todesstrafe ab

KIEW: Die Ukraine hat am Mittwoch die Todesstrafe abgeschafft. Wie die Pressestelle des Präsidentsamtes in Kiew mitteilte, unterzeichnete der ukrainische Staatschef Leonid Kutschma ein entsprechendes Gesetz. Vom Parlament in Kiew war der Text am 22. Februar ratifiziert worden, nachdem der Verfassungsgerichtshof des Landes die Todesstrafe als nicht verfassungskonform bezeichnet hatte.

Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter

BERLIN: Die deutsche Regierung hat am Mittwoch den Gesetz-Entwurf über die Stiftung für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter der Nazis gebilligt. Gleichtags gingen die Entschädigungs-Verhandlungen in Berlin in eine neue Runde. Der Gesetzesentwurf wird nun dem Parlament vorgelegt, das ihn noch vor der Sommerpause verabschieden soll.

Indien will Atommacht bleiben

Clinton auf Staatsbesuch in Indien – Vajpayee besteht auf «nuklearer Abschreckung»

AGRA: US-Präsident Bill Clinton hat am Mittwoch in der indischen Stadt Agra Initiativen gegen die Umweltverschmutzung bekannt gegeben. Sein Drängen auf atomare Abrüstung auf dem Subkontinent wurde von indischer Seite zurückgewiesen.

Mit einer Rede im Parlament und dem Treffen mit Oppositionsführerin Sonia Gandhi beendete Clinton am Mittwoch seinen Besuch in Neu Delhi und reiste nach Agra weiter.

Vor dem Parlament hatte der US-Präsident erneut an Indien appelliert, auf Atomwaffen zu verzichten. Sie bedeuteten nicht mehr Sicherheit, betonte Clinton. Der indische Regierungschef Atal Behari Vajpayee bestand in seiner Antwort aber weiterhin auf einer «nuklearen Abschreckung».

Zum Kaschmir-Konflikt äusserte sich der US-Präsident zurückhaltend. Indien und Pakistan müssten selbst versuchen, ihren Streit beizulegen, sagte Clinton. Er sei nicht nach Südasien gekommen, um zu vermitteln. Indien hatte sich auch entschieden gegen eine Vermittlung ausgesprochen.



Der indische Regierungschef Atal Behari Vajpayee (links) begrüsst den amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im indischen Parlament. (Bild: Keystone)

Ein Generalstreik legte am Mittwoch den indischen Teil Kaschmirs praktisch lahm. Zu der Arbeitsniederlegung hatten moslemische Parteien aufgerufen, die für die Unabhängigkeit der Region eintreten.

Zustimmung vor dem Parlament fand dagegen Clintons Forderung nach enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit und der Aufhebung von Handelsschranken. Die USA begrüsst die Bemühungen Indi-

ens, seine Wirtschaft zu öffnen, sagte Clinton in seiner Rede. Dabei sprach er die Hoffnung auf eine baldige neue Gesprächsrunde der Welthandelsorganisation WTO aus.

Fischer: Kritik an Russland

GENÈVE: Der deutsche Ausserminister Joschka Fischer hat Moskau aufgefordert, die Kämpfe in Tschetschenien sofort zu beenden. Fischer forderte vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf am Mittwoch auch ein sofortiges Ende der Repression in China. «Die vielfach bezugte Brutalität gegen die Zivilbevölkerung ist unvereinbar mit internationalen und europäischen Normen der Humanität», sagte Fischer. Deutschland erkenne Russlands Recht auf Verteidigung seiner territorialen Integrität an. «Doch den massiven, andauernden und unterschiedslosen Einsatz militärischer Gewalt können wir nicht akzeptieren.» Fischer forderte weiter ein Ende der Verfolgung politischer Dissidenten in China. Auch die wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen Inhaftierten müssten in China freikommen.

Menschenrechtsbüro für Tschetschenien

Europarat sendet drei Experten

STRASSBURG: Ein Menschenrechtsbüro mit Vertretern der Tschetschenen und Experten des Europarates soll in den nächsten Wochen in der tschetschenischen Ortschaft Snamenskoje am Terek-Fluss eröffnet werden.

Auf eine entsprechende Grundsatzvereinbarung einigten sich am Mittwoch im Europarat in Strassburg der Generalsekretär des Europarates, Walter Schwimmer, und der russische Menschenrechtsbeauftragte für Tschetschenien, Wladimir Kalamanow.

Der Europarat entsendet drei Experten in das Büro, die Kalamanow unterstellt sein sollen. Die Fachleute sollen in Tschetschenien volle Freizügigkeit geniessen und ungehindert Kontakt mit der Bevölkerung aufnehmen können. Länger-

fristig sollen in dem Büro auch rund 30 Vertreter der Tschetschenen arbeiten.

Das Ministerkomitee des Europarates und der russische Ausserminister Igor Iwanow müssen der Vereinbarung noch zustimmen. Das «Menschenrechtsbüro» wird Vorwürfen über Grundrechtsverletzungen während der russischen Militärintervention in Tschetschenien nachgehen. Es soll eine Anlaufstelle sowohl für Tschetschenen als auch für Russen sein.

«Wir werden uns dabei um ein Höchstmass an Transparenz und Offenheit bemühen und unsere Zusammenarbeit mit der Presse verbessern», sagte Kalamanow. Sein Büro in Moskau unterhalte ständige Kontakte zu Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch.

Verwaltungsgrenze gesperrt

MITROVICA: Britische Einheiten der Kosovo-Friedenstruppe KFOR haben den freien Verkehr über die Verwaltungsgrenze nach Südserbien gesperrt. Alle als inoffiziell geltenden Übergänge wurden gesperrt. Damit solle ein Übergreifen von Gewalt aus dem Kosovo in das serbische Kernland verhindert werden, teilte die KFOR im britischen KFOR-Sektor am Mittwoch in Pristina mit. Der Verkehr solle künftig über eine Kontrollstelle nördlich von Podujevo laufen. Ungeachtet vorheriger serbischer Proteste begann die KFOR am Mittwoch mit der Einrichtung einer erweiterten Sicherheitszone in der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica. Dort soll eine «Vertrauenszone» rund um die Brücken über den Fluss Ibar entstehen, die den serbischen Norden mit dem albanischen Süden der Stadt verbinden.

Papst unterstützt Forderung nach eigenem Staat

Arafat wertet Besuch des Papstes in Bethlehem als «historischen Moment»

BETHLEHEM: Bei seinem historischen Besuch im Westjordanland hat Papst Johannes Paul II. am Mittwoch die Forderung der Palästinenser nach einem eigenem Staat unterstützt.

Mit Rufen wie «Johannes Paul II., wir lieben Dich!» empfingen Tausende von Menschen den Papst auf dem Krippenplatz vor der Geburtskirche in Bethlehem. «Der Friede sei mit Euch, habt keine Angst», begrüsst der Papst die Gläubigen. Es ist das erste Mal, dass ein Papst die Palästinensergebiete besucht.

Die Palästinenser hätten ein «natürliches Recht auf ein Vaterland», betonte der Papst in seiner Rede. Er verwies darauf, dass der Vatikan seit Jahrzehnten für deren Heimatrecht eintritt: «Friede den Palästinensern, Friede allen Völkern der Region! Niemand kann leugnen, wie sehr das palästinensische Volk gelitten hat», rief das Kirchenoberhaupt.

Am Morgen las Johannes Paul II. auf dem Krippenplatz vor 10 000

Gläubigen eine Messe. Am Arm von Palästinenserpräsident Jassir Arafat besuchte er das Flüchtlingslager Dheisch, wo er die Politiker im Nahen Osten und die internationale Gemeinschaft aufforderte, den Frie-



Papst Johannes Paul II. traf gestern mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat zusammen. (Bild: Keystone)

densprozess zu einem schnellen Abschluss zu bringen.

Am Nachmittag hielt er eine stille Andacht in der Grotte der Geburtskirche, wo der biblischen Überlieferung nach Jesus geboren

wurde. Arafat dankte dem Papst für die Unterstützung des Vatikans für die Sache der Palästinenser. Sein Besuch sei ein «heiliger und historischer Moment» und nicht nur von hoher religiöser, sondern auch von politischer Bedeutung.

Er war sichtlich bemüht, dem eintägigen Besuch in den autonomen Palästinensergebieten das Gepräge eines Staatsbesuchs zu geben. So wurde der Papst mit Hymnen und Ehrengarde empfangen.

Bei seiner Ankunft in der Geburtsstadt Christi küsste der Papst palästinensische Erde, die ihm wegen seiner Gebrechlichkeit von einem Palästinenser mädchen in einer Schale gereicht wurde.

Gerade dieser Geste wurde von den Palästinensern hoher Stellenwert beigemessen. Im Vorfeld der Reise hatten die sie den Papst wiederholt um diese symbolische Handlung gebeten.

Es war das erste Mal, dass der Papst den Boden eines Gebietes küsste, das international nicht als Staat anerkannt ist.